



**Anwesend sind:**

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Frau Dr. Inés Brock
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertreter für Frau Hanna Haupt
Frau Gabriele Kovacs	EB Kita	Vertreter für Frau Sylvia Weiß
Herr Jens Kreisel	Leiter Eigenbetrieb Kindertagesstätten	
Frau Katrin Lademann	EB Kita	
Herr Christian Heine	BMA	
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	

**Entschuldigt fehlt:**

Frau Karin Schmidt	EB Kita
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebs Kindertagesstätten wurde durch **Herrn Beigeordneten Kogge** eröffnet und geleitet. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest, es waren 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Beigeordneter Kogge** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: zugestimmt**

Somit wurde folgende **Tagesordnung** festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
2. Lesung  
Vorlage: V/2012/10934
6. Beantwortung von mündlichen Anfragen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

**Herr Beigeordneter Kogge** bat um Abstimmung der Niederschrift.

Da einige Ausschussmitglieder die Niederschrift vom 14.09.2012 noch nicht lesen konnten, wurde die Genehmigung in die nächste Ausschusssitzung verschoben.

#### zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

**Herr Beigeordneter Kogge** teilte mit, dass keine Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.09.2012 gefasst wurden.

#### zu 5 Beschlussvorlagen

---

##### zu 5.1 **Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts** **2. Lesung** **Vorlage: V/2012/10934**

---

**Herr Beigeordneter Kogge** berichtete zum Arbeitsstand der einzelnen Bereiche, wie ZGM und Amt 11. Hier gibt es bis jetzt keine Antwort auf die Anfragen des EB Kita

Der gesamte Schriftverkehr wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

**Herr Kreisel, Betriebsleiter EB Kita**, erläuterte die zugestellten Unterlagen.

Schwerpunkte waren laut Landesverwaltungsamt Personalübergang/Personalgestellung, Grundstücksübergang und Vergütung des Aufsichtsrates.

Drei wesentliche Aufträge standen zur Klärung; Grunderwerbssteuer, Personalüberleitung/-übernahme, Vergütung Aufsichtsrat.

**Herr Kreisel** hatte sich mit den Stadtwerken verständigt. Alle nötigen Belange in Bezug auf einen Vertrag zu Reinigung konnten einvernehmlich geklärt werden.

Personalgestellung sieht der Eigenbetrieb als die vorteilhaftere Personalregelung.

Daher wurde die Beschlussvorlage nicht geändert

#### **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle–NEUES FORUM:**

Es wurde in der letzten Sitzung festgehalten, dass eine Gegenüberstellung von Personalgestellung und Personalüberleitung erarbeitet wird.

#### **Herr Kreisel:**

Diese Gegenüberstellung findet man in den vorliegenden Unterlagen (KKP – Kanzlei)

Der Übergangszeitraum im Hinblick auf das Personal ist nicht unwesentlich für die gesamte Organisation.

#### **Herr Heine, BMA:**

Neben den festgelegten Einzelpunkten gibt es eben auch die Grundsatzfrage nach den wirtschaftlichen Effekten.

**Frau U. Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, fragte an, warum die Vorlage nicht geändert wurde und damit die Anmerkungen der BMA nicht aufgenommen wurden.

**Herr Kreisel** stützte sich auf die Aussagen des Landesverwaltungsamtes, wenn die hier eingebrachten Punkte beschlossen werden, so auf telefonische Nachfrage hin, dann sieht das Landesverwaltungsamt die offenen Punkte für erledigt an.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.:**

Der Ratsbeschluss zur AöR wurde gefasst. Hiermit sollte eine vergleichbare Wettbewerbssituation mit den freien Trägern geschaffen werden. Die Aufwendungen des EB Kita sind eben auch nur erklärbar, weil die Vereinbarungen mit den städtischen Ämtern vertraglich vereinbart sind.

In dieser Ergänzung sind die Vorteile nicht mehr zu erkennen.  
Welchen Sinn hat dann die AöR noch?

Das ZGM wird weiter an der Aufrechterhaltung der Verträge arbeiten und auch die interne Organisation der Stadt bleibt wenig transparent.

**Herr Beigeordneter Kogge:**

Es ist einfach zwischen einem nahen und einem mittelfristigen Ausstieg zu unterscheiden. Verträge können nicht einfach kurzfristig beendet werden. In der Personalgestellung sind konkrete Personen verankert. Personalüberleitung heißt nicht gleich systemische Verbesserung der Leistung, wenn dann die Mitarbeiter unmotiviert sind.

Wenn hier und heute eine „Nein“ kommt, dann sollten sich Gedanken zum Grundsatzbeschluss gemacht werden.

**Herr Knöchel:**

Es sollen Verbesserungen erreicht werden. Reinigung soll selbst ausgehandelt werden, eine Verbesserung der Betriebsabläufe soll erreicht werden, aber durch die Personalgestellung relativiert sich vieles.

**Herr Beigeordneter Kogge:**

Effiziente optimale Regelungen sind doch trotzdem möglich. Wenn jedoch keine Beschlüsse gefasst werden können, wird sich auch nichts verändern.

**Frau Wolff** findet es daher problematisch, da die Vorteile nicht mehr dargestellt werden können.

**Herr Heine:**

Die BMA hat ganz detailliert erarbeitet welche Punkte überarbeitet werden sollten. Die Aussage des Landesverwaltungsamtes ist nicht in schriftlicher Form bekannt. Es gibt noch keine Freizeichnungen der Beigeordneten. Die Oberbürgermeisterin hat verfügt, dass die Vorlage dann in den Rat eingebracht wird, wenn eben das erste erfolgt ist.

**Herr Kreisel:**

Mittelfristige Einsparungen könnten natürlich formuliert werden. Aber erst nach Verhandlungen kann ein Fazit gezogen werden, wie weit Einsparungen möglich sind. Zahlen hier zu prognostizieren wäre sicher wenig realistisch. Mit dem Landesverwaltungsamt wurden Kompromisse gefunden. Erst nach Beschluss und Übergang können wir konkret an Einsparpotentialen arbeiten und Verhandlungen gezielt beginnen.

**Herr Knöchel:**

Vertrag unter 2. kann erst 2016 geändert werden.

Für die Personalgestellung müsste festgelegt werden, wann die Stellen in die AöR übergehen. Wenn dann auch kein Personal für diese Stellen zur Verfügung steht, dann müssten möglicherweise auch entsprechende Leistungen eingekauft werden.

Es geht nicht darum, Summen der Einsparung zu benennen, sondern die Kitas sollen wirtschaftlich vernünftig arbeiten und geführt werden.

Es müsste eben dieser Effekt entstehen, dass ein Platz in Halle, egal wo er ist, das gleiche Geld kostet.

Personalgestellung daher in einer Zeitschiene bis max. 12/2015, dann muss es einen Stellenübergang geben.

Ziel ist ja, den EB Kita zum 1.1.2013 in eine AöR zu überführen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Beigeordneter Kogge** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

mit Patt abgelehnt

4 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten soll auf nunmehr auf den 01.01.2013 erfolgen. (Anstaltssatzung Anlage 4)
2. Für die bezogenen Leistungen des Personalamtes und des ZGM wird ein Personalgestellungsvertrag geschlossen. (Personalgestellungsvertrag Anlage 3)
3. Die derzeit im Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten bewirtschafteten Gebäude und Grundstücke werden nicht übertragen und fallen an die Stadt Halle zurück. Es wird der AÖR jedoch ein Nießbrauchrecht eingeräumt. (Nießbrauchrechtsvertrag & Liste der Grundstücke und Gebäude Anlagen 1 & 2)
4. Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgt analog der im Eigenbetrieb Kindertagesstätten nach der Entschädigungsordnung der Stadt Halle (Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger).
5. Im Zuge des Gründungsvorgangs soll die Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem Stammkapital in Höhe von 100 Tsd. EUR ausgestattet werden. Die Bildung des Stammkapitals erfolgt im Rahmen der Umwandlung aus den eingebrachten Aktiva.
6. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

## zu 6 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### **Frau U. Haupt, Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.:**

Gibt es Viren auch in halleschen Kitas?

### **Herr Kreisel, Betriebsleiter EB Kita:**

Ja, in zwei Kindereinrichtungen. In einer Kita ist Sodexo Lieferant, in der anderen nicht. Verständigung mit dem Gesundheitsamt erfolgte, entsprechende Schritte wurden eingeleitet. Meldepflicht – hier wurden die Leiterinnen belehrt.

Die Meldekette ist gesichert. Die Leitung informiert das Gesundheitsamt und parallel uns.

### **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle–NEUES FORUM:**

Was ist mit dem Fall der Mutter mit 3 Kindern?

### **Herr Beigeordneter Kogge:**

Es gibt in Halle keine Aufnahmesteuerung für alle Träger. 250 Plätze sind frei. Aber sie sind nicht verfügbar. Z.B. weil Geschwisterkinder für diesen Platz vorgemerkt sind.

### **Herr Kreisel:**

Einflussfaktoren sind unterschiedlich. Kinder werden älter und verändern damit die Belegung nach Betriebserlaubnis, wie schon gesagt kommen Geschwisterkinder zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahr. Wunschtermin und Wunschrichtung klappen nur sehr selten. Das macht Eltern im höchsten Maße unzufrieden.

Es wurden im Eigenbetrieb viele interne Prozesse verändert. Eltern unterschreiben schon jetzt die Betreuungsverträge für 2013. Damit haben wir Belegungs- und Platzsicherheit, sehen aber auch jetzt schon Engpässe und Grenzen.

Problematisch sind alte Bedarfsprognosen, die rückläufige Kinderzahlen vorsahen.

Die Aufwüchse sind aber jetzt gerade sehr hoch.

Nach der Geburt anmelden ist sehr wichtig.

**Herr Beigeordneter Kogge** unterstrich hiermit auch, dass Eltern sich natürlich unbedingt auch kümmern müssen.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

**Herr Beigeordneter Kogge** beendete die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten.

Eine nicht öffentliche Sitzung fand nicht statt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.11.12

---

Katrin Lademann  
Protokollführerin

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Jugend, Schule,  
Sport, Soziales und kulturelle Bildung